

Presseinformation



Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh-gruene-fraktion.de

Nr. 280.22 / 25.11.2022

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 38 – Gesundheitsversorgung von Menschen mit Behinderungen verbessern

Dazu sagt für die Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen,

Eka von Kalben:

Viele Barrieren können frühzeitig aus dem Weg geräumt werden – wir müssen uns gemeinsam auf den Weg machen

Sehr geehrtes Präsidium,
sehr geehrte Damen und Herren!

Ohne Gesundheit ist alles nix. Das antworten viele Menschen auf die Frage, was ihnen wichtig ist. Gesundheit und Krankheit bestimmen auch über die Möglichkeiten der Teilhabe am sozialen und gesellschaftlichen Leben. Beides gilt für alle Menschen, egal ob mit oder ohne Behinderungen. Denn Behinderung und Krankheit sind zwei Paar Schuhe. Wer krank ist, wünscht sich Hilfe und Unterstützung durch unser Gesundheitssystem. Dazu ist der Zugang zu ärztlichen Praxen, Krankenhäusern, Apotheken oder z. B. zur Physiotherapie erforderlich. An dieser Stelle scheitern viele Menschen, weil die Örtlichkeiten nicht barrierefrei sind.

Stufen anstatt Rampe, Kein Aufzug, kein behindertengerechtes WC, keine Orientierungslinie für sehbehinderte Menschen, keine Lichtsignale für gehörlose Menschen, lange Warteschlangen und Hektik. Und es gibt selten die Möglichkeit, das „Fachchinesisch“ von Ärzt*innen angemessen und verständlich zu erläutern. Alles das behindert Menschen bei der Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen. Vieles davon ist auch für Menschen ohne Behinderung ein Problem.

Und das sind nur die „offensichtlichen“ Hindernisse. Hinzu kommt, dass der Weg hin zu und wieder zurück von der Gesundheitseinrichtung nicht so einfach zu bewältigen ist. Die UN-Behindertenrechtskonvention schreibt den ungehinderten Zugang zum Gesundheitssystem als Recht für alle Menschen fest. Gesichert ist er in Deutschland und

auch in Schleswig-Holstein aber nur bedingt. Das müssen wir ändern.

Abseits der baulichen Barrierefreiheit gibt noch andere gravierende Probleme. Nicht jeder Arzt und jede Ärztin haben die Kompetenz, Sensibilität und die Zeit, Menschen mit kognitiven Einschränkungen adäquat über ihre Erkrankung und deren Behandlung aufzuklären.

Nicht jede Fachärztin und jeder Facharzt kennt sich mit den jeweils besonderen Problemen und Erkrankungen der unterschiedlichen Behinderungen aus, die bspw. aus einem „hohen Querschnitt“ oder Herzerkrankungen bei Trisomie 21 mit sich bringen.

Nicht alle Ergotherapeut*innen sind auf Spastiken spezialisiert und in der Lage eine optimale Behandlung betroffener Menschen sicher zu stellen. Es gibt also jede Menge Luft nach oben und zu tun, damit unser Gesundheitssystem inklusiver wird.

Was können und was werden wir auf Landesebene tun? Der schleswig-holsteinische Fonds für Barrierefreiheit sollte so erweitert werden, dass auch vermehrt Maßnahmen in Praxen gefördert werden können. Das haben wir im Koalitionsvertrag vereinbart.

In der Aus- und Weiterbildung im medizinischen und im pflegerischen Bereich müssen wir verstärkt für den Umgang mit Menschen mit Behinderungen sensibilisieren und entsprechende Kompetenzen zu vermitteln. Wir brauchen Information und Weiterbildung und das gerne mit den Expert*innen in eigener Sache.

Sinnvoll ist es aber über die Einrichtung von medizinischen Behandlungszentren für (erwachsene) Menschen mit Behinderungen sowie den Ausbau der sozialpädiatrischen Zentren nachzudenken und ihn voranzubringen - zum Beispiel im Anschluss an Kliniken. Spezielle Zentren sind zwar eher exklusiv als inklusiv. Aber wir brauchen beides!

Bessere und inklusivere Angebote in der Fläche, die die Erfordernisse von Menschen mit Behinderungen als Normalität mitdenken und berücksichtigen. Aber eben auch Fachzentren, die die Rahmenbedingungen, Untersuchungsmöglichkeiten, Fachkompetenzen und Behandlungen anbieten können, die in der normalen Praxis oder Klinik nicht möglich sind. Das eine tun und das andere nicht lassen!

Alles dies kann die Landesregierung nicht im Alleingang umsetzen. Aber sie kann und sie wird konstruktive Gespräche mit den betroffenen und verantwortlichen Akteur*innen führen, allen voran mit den Interessenvertretungen von Menschen mit Behinderungen. Denn viele Barrieren haben mit „über uns ohne uns“ zu tun, damit, dass die betroffenen Menschen nicht eingebunden werden.

Viele Barrieren sind in den Köpfen, viele Barrieren beruhen auf fehlender Information und fehlendem Verständnis. Viele Barrieren können durch frühzeitige Planung und Beteiligung, durch technische Maßnahmen und praktische Unterstützung aus dem Weg geräumt werden. Aber wir müssen uns gemeinsam auf den Weg machen.
